Koordinierungsstelle CHANCEN GLEICHHEIT

Newsletter 05/2026

Neuigkeiten aus der Koordinierungsstelle 2
Neuigkeiten aus Sachsen 5
Bundesweite Neuigkeiten 6
Veranstaltungen, Ausschreibungen und Umfragen 10
Lesenswertes und mehr 14

Liebe Leser*innen,

wir hoffen, Sie genießen die ersten richtig warmen Sonnenstrahlen des Frühlings genauso wie wir. Wir möchten Sie gerne mit aktuellen Neuigkeiten zu unseren Themen Gleichstellung, Diversität und Inklusion versorgen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr Team der Koordinierungsstelle Chancengleichheit Sachsen

Neuigkeiten aus der Koordinierungsstelle

Aktuelle Themen in der KCS

Unser Vorhaben, auch 2026 Raum für Austausch, Qualifizierung und Vernetzung zu schaffen und dabei aktuelle Bedarfe aus den Hochschulen aufzugreifen, ist in vollem Gange.

Im April fand ein Bystander-Workshop statt, in dem es darum ging, wie Hochschulakteur*innen wirksam reagieren können, wenn sie grenzüberschreitende Situationen beobachten. Außerdem freuen wir uns, dass Mitte Mai ein Workshop zu psychischen Erkrankungen von Studierenden nachgeholt werden wird, der aus Krankheitsgründen verschoben werden musste. Ein weiteres Workshopangebot zur Erstellung und Nutzung von barrierefreien Dokumenten steht im Mai an.

Auch das Austausch- und Vernetzungstreffen zur Geschlechterforschung in Sachsen konnte wie geplant stattfinden und stellte einen erfolgreichen Auftakt dar, um kontinuierlich zusammenzuarbeiten und die Geschlechterforschung zu stärken.

Weiterhin wurde das Pilotprojekt Sachsen-Technikum, an dem die Koordinierungsstelle Chancengleichheit Sachsen, die HTW Dresden und die TU Chemnitz beteiligt waren, abgeschlossen. Während der dreijährigen Pilotphase sammelten Abiturientinnen praktische Erfahrungen in Unternehmen und konnten parallel einen Einblick in den Studienalltag verschiedener MINT-Fächer gewinnen.

Wir freuen uns sehr über das große Interesse an den vergangenen und anstehenden Weiterbildungsangeboten und nehmen dieses als Zeichen wahr, Themen auch wiederholt anzubieten, um allen Interessierten in Sachsen Zugang zu diesem Wissen zu ermöglichen.

Ergebnisse des Vernetzungstreffens Geschlechterforschung Sachsen

Am 17.03. fand das Netzwerktreffen zur Geschlechterforschung in Sachsen statt. Damit knüpfte es an das Fachgespräch an der TU Dresden an, aus dem die Publikation „Geschlechterforschung in Sachsen. Dokumentation des Fachgesprächs zu Perspektiven nach 2024 am 8. November 2024 an der TU Dresden“ hervorging.

Diese Publikation ist mehrfach in unserer Fachbibliothek vorhanden, eine Ausleihe ist über info@kc-sachsen.de möglich.

Akteur*innen der Geschlechterforschung sowie der Gleichstellung konstatierten beim Vernetzungstreffen, dass eine Institutionalisierung, die die Geschlechterforschung fördert, unabdingbar ist. Um hier voranzukommen, streben die Beteiligten ein Eckpunktepapier an, welches die strukturellen und inhaltlichen Bedarfe sichtbar macht und an die landes- und hochschulpolitischen Akteur*innen

und Gremien adressiert ist. Priorisiert wird zudem eine gemeinsame Einwerbung von Drittmitteln. Das Netzwerk nimmt sich mindestens ein weiteres Austausch- und Arbeitstreffen im Herbst 2026 vor, die Terminplanung läuft.

Es bleibt unvermindert relevant, das Netzwerk der Geschlechterforschenden auszubauen und den Verteiler der Akteur*innen zu vergrößern. Wenn Sie in unseren Verteiler zur Geschlechterforschung in Sachsen aufgenommen werden wollen, schreiben Sie einfach an info@kc-sachsen.de.

Artikel über mentale Gesundheit und Akzeptanz von Hilfsangeboten bei Studierenden

Vor kurzem ist in der Fachzeitschrift PLOS Mental Health ein Artikel, mitverfasst von Stefanie Dreiack (Co-Leitung der KCS und Koordinatorin für Inklusion), zum Thema mentale Gesundheit und Akzeptanz von Hilfsangeboten bei Studierenden in Sachsen erschienen. Sarah-Lena Klemm, Aneliana da Silva Prado, Konrad Jakob Endres, Elisabeth Kohls, Christine Rummel-Kluge, Stefanie Dreiack (DOI: 10.1371/journal.pmen.0000576). Der Artikel beschreibt die Ergebnisse einer Befragung, die Teil des ENHANCE Projekts (Universität Leipzig) war und an der zwischen April und Mai 2022 5.474 sächsische Studierende teilgenommen haben. Die Studierenden wurden zu depressiven Symptomen, Angst, Stress sowie ihrer individuellen Wahrnehmung der ihnen zur Verfügung stehenden Unterstützungssysteme befragt.
Ein besonderer Fokus der Publikation liegt auf Studierenden, die einer der folgenden Gruppen angehören:

- Studierende mit chronischen Erkrankungen,
- Studierende mit diagnostizierten psychischen Störungen,
- Studierende mit Migrationsgeschichte,
- Studierende mit einer diversen Genderidentität sowie
- Studierende mit Kindern.

Die Studie ergab, dass das Auftreten von Stress sowie psychischen Erkrankungen sich zwischen den Gruppen unterschiedet. Untersucht wurde auch, welche Unterstützungsangebote (z.B. Beratungsangebote der Hochschulen, Psychotherapie, Online-Angebote) den Studierenden bekannt sind und wie häufig sie sie nutzen. Aus den Ergebnissen ihrer Studie leiteten die Forscher*innen unter anderem ab, dass Online-Angebote zur Unterstützung der mentalen Gesundheit sinnvolle Instrumente sein können, die es zu unterstützen gilt. Doch auch persönliche Beratungs- und Unterstützungsangebote bleiben relevant.

Link zum deutschsprachigen Datenreport als barrierefreie PDF

Abschluss des Pilotprojektes Sachsen-Technikum

Ende März wurde die dreijährige Pilotphase des Studienorientierungsangebotes „Sachsen-Technikum“, in dem KCS, HTW Dresden und TU Chemnitz kooperierten, abgeschlossen.
Unter dem Motto „Trau Deiner MINTuition und probier’s einfach aus!“ verband das Sachsen-Technikum als Orientierungssemester für Abiturientinnen in MINT-Fächern praktische Erfahrungen im Unternehmen mit einem realistischen Einblick in den Studienalltag. An drei Tagen pro Woche arbeiteten die Teilnehmerinnen in einem Unternehmen an konkreten Aufgaben und lernten MINT-Berufe aus erster Hand kennen. An zwei Tagen besuchten sie Lehrveranstaltungen an einer Hochschule – von Vorlesungen über Labore bis hin zu Tutorien – und erhielten so einen authentischen Eindruck vom Studium. Ergänzt wurde das Programm durch begleitende Informations-, Reflexions- und Vernetzungsangebote.
Ein besonderer Dank gilt allen Beteiligten: den engagierten Mitarbeitenden an den Hochschulen, dem SMWK, den Kooperationsunternehmen, die Praktikumsplätze ermöglicht haben, sowie den zahlreichen Partner*innen aus Schulen, Netzwerken und der MINT-Bildung. Ihr Einsatz, ihre Offenheit und ihre kontinuierliche Zusammenarbeit haben dieses Pilotprojekt getragen und entscheidend geprägt.
Neben der Durchführung des Programms wurden umfangreiche strukturelle Grundlagen geschaffen: die Wirkungen rechtlicher und organisatorischer Rahmenbedingungen wurden eruiert, Kooperationsstrukturen aufgebaut und neue Netzwerke zwischen Hochschulen, Unternehmen und Schulen aufgebaut. Diese Vorarbeiten sind ein zentraler Beitrag für die Weiterentwicklung zukünftiger Maßnahmen zur Studienorientierung und Nachwuchsgewinnung.
Die Evaluation zeigt, dass insbesondere die Kombination aus Praxis und Studium, die persönliche Begleitung sowie der Austausch unter den Teilnehmerinnen als sehr wertvoll wahrgenommen werden. Allerdings wurde die angestrebte Zahl an Teilnehmerinnen im Pilotzeitraum nicht erreicht, was die Herausforderungen bei der Ansprache der Zielgruppe und den langfristigen Charakter von Studienorientierungsprozessen deutlich macht. Studienorientierung beginnt früh und entfaltet ihre Wirkung vor allem durch kontinuierliche, gut vernetzte Angebote. Die Gewinnung junger Frauen für MINT-Studiengänge erfordert langfristige Strategien. Hochschulen wirken als aktive Akteure der Bildung in ihre Regionen und können hier nachhaltig Genderaspekte integrieren.
Die Projektergebnisse können dazu beitragen, bestehende Ansätze weiterzuentwickeln und zukünftige Maßnahmen noch gezielter auszurichten.

Neuigkeiten aus Sachsen

»Alltag ohne Gewalt« – Sachsenweite Kampagne zur Aufklärung über häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen startete am 14. Februar

Häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen ist in den letzten sechs Jahren in Sachsen um 33% gestiegen. Dazu zählen einfache und gefährliche Körperverletzung, digitale Belästigung und Vergewaltigung.

Die sachsenweite Kampagne »Alltag ohne Gewalt« sollte bewusst am 14. Februar starten. Weiterhin ist eine Website mit Informationen für Betroffene, Umfeld, Fachkräfte und Interessierte online gegangen.

Die Kampagne vom Sozialministerium will Betroffene stärken und gleichzeitig den Blick ganz bewusst nach innen und außen lenken, um die Verantwortung in der gesamten Gesellschaft sichtbar zu machen. Der Auftakt erfolgt in ganz Sachsen als Plakatkampagne, Spots im Fahrgast-TV der öffentlichen Verkehrsmittel und in den sozialen Medien.

Antifeminismus messbar machen: Neue Kurzskala aus Leipzig

Forschende der Universität Leipzig haben eine validierte Kurzskala zur Messung antifeministischer Einstellungen entwickelt – die Leipzig Antifeminism Short Scale (LAF-S). Die Skala umfasst vier Aussagen, welche an einer repräsentativen deutschen Stichprobe von knapp 2.500 Personen erprobt wurden.

Die Studie unterscheidet Antifeminismus klar von Sexismus. Während Sexismus geschlechterbezogene Diskriminierung allgemein beschreibt, meint Antifeminismus die gezielte Ablehnung feministischer Emanzipationsbestrebungen. Antifeminismus weist enge Verbindungen zu Autoritarismus und Rechtsextremismus auf.

Die Ergebnisse zeigen Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Männer stimmen antifeministischen Aussagen häufiger zu als Frauen, Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss häufiger als jene mit höherem. Zudem sind antifeministische Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern stärker verbreitet als in den westdeutschen. Keine signifikanten Unterschiede zeigten sich hingegen zwischen Altersgruppen.

Für die Gleichstellungsarbeit in Sachsen ist besonders der regionale Befund relevant. Trotz vergleichsweise egalitärer Einstellungen zur Erwerbsarbeit sind antifeministischen Einstellungen in Ostdeutschland stärker verbreitet – ein Hinweis darauf, dass gezielte politische Bildungsarbeit wichtig bleibt.

Bundesweite Neuigkeiten

Studie: Längere Begutachtungszeiten für Artikel von Forscherinnen

Frauen sind in der Wissenschaft, insbesondere in MINT-Fächern, an Spitzeninstitutionen und in höheren Positionen, unterrepräsentiert. Ein möglicher Grund sind strukturelle Hürden, darunter auch potenzielle Benachteiligungen im Peer-Review-Prozess. Während einige Studien – vor allem aus der Ökonomie – längere Begutachtungszeiten für von Frauen verfasste Artikel zeigen, finden andere keinen Zusammenhang zu Begutachtungszeiten für Artikel von Forscherinnen.

Eine umfassende Analyse von über 36,5 Millionen Publikationen aus den Bio- und Lebenswissenschaften zeigt jedoch, dass Artikel von Autorinnen im Median 7,4 % bis 14,6 % länger begutachtet werden als die von Männern. Diese Unterschiede treten in den meisten Disziplinen auf, unabhängig davon, wie stark Frauen dort vertreten sind. Zudem sind Forschende aus einkommensschwächeren Ländern generell von längeren Begutachtungszeiten betroffen.

Die Ergebnisse liefern wichtige Hinweise zur Erklärung von Geschlechterunterschieden bei Publikationen und wissenschaftlicher Repräsentation.

Der Sprachkompass - Ein Online-Tool für inklusivere Sprache

Der Sprachkompass ist ein von der „Zentralen Anlaufstelle Barrierefrei“ der Universität Bielefeld entwickeltes Online-Tool zur diskriminierungssensiblen Verbesserung von Texten. Mit dem Tool können Nutzer*innen überprüfen, ob ein Text ableistische Sprache enthält. Ist das der Fall, enthält ein Text also Begriffe und Formulierungen, die Menschen mit Behinderungen oder Erkrankungen abwerten, gibt das Tool Erklärungen, warum ein Begriff unpassend und diskriminierend ist und schlägt Alternativen vor. Der Sprachkompass ist kostenlos nutzbar.

Weitere Informationen, u.a. zur Datenverarbeitung finden Sie hier auf der Seite des Hochschulforums Digitalisierung.

Umbau von Programm "Demokratie leben" streicht über 200 Projekten die Mittel

Bundesfamilienministerin Karien Prien (CDU) wird durch die kürzlich angekündigte Neuaufstellung des Programms bis Ende des Jahres mehr als 200 Demokratieprojekte auslaufen lassen, auch wenn diese noch mitten in ihrer Projektforschung sind. Laut Prien soll es ab jetzt einen stärkeren Fokus auf Projekte gegen Islamismus, Antisemitismus, Linksextremismus und Hass im Internet geben. Als Projektträger von diesem Umbau betroffen wären mitunter der

Zentralrat der Juden, die Amadeu Antonio Stiftung, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Verein HateAid, das Medienunternehmen „Correctiv“ und die Konrad-Adenauer-Stiftung. Zusätzlich zur Umstrukturierung wird es zu finanziellen Mittelkürzungen kommen.

Kritik am BGG-Änderungsentwurf der Bundesregierung

Am 11. Februar 2026 verabschiedete das Kabinett einen Änderungsentwurf zum Behindertengleichstellungsgesetz (BGG). Ziel der Änderung ist es, das geltende Benachteiligungsverbot auch auf private Unternehmen auszuweiten. Allerdings kritisiert der Inklusionsbeirat der Staatlichen Koordinierungsstelle nach Art. 33 UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) unter dem Vorsitz des Behindertenbeauftragten der Bundesregierung Jürgen Dusel die angestrebten Änderungen als unzureichend. Der Inklusionsbeirat kritisiert, dass durch den Änderungsentwurf das Recht von Menschen mit Behinderung auf im Einzelfall geeignete Maßnahmen zur Herstellung gleichberechtigter Teilhabe nicht ausreichend geschützt sei. So sieht der Entwurf vor, „alle baulichen Veränderungen sowie Änderungen an Produkten und Dienstleistungen“ für Unternehmen pauschal als „unverhältnismäßige und unbillige Belastungen“ zu werten. Der Inklusionsbeirat fordert hingegen Einzelfallprüfungen. Zudem fordert er wirksame Konsequenzen bei Nichteinhaltung des Gesetzes durch Unternehmen, Beweiserleichterung für Privatpersonen und Stärkung der Schlichtungsstelle.

Die Kritik am Änderungsentwurf zum BGG teilen auch die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung Ferda Ataman sowie das Deutsche Institut für Menschenrechte. Ataman bezeichnete die Reform des BGG als “verpasste Chance”. Das Deutsche Institut für Menschenrechte, die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland, veröffentlichte ein Papier mit fünf Forderungen zur Änderung des Gesetzesentwurfs.

Größte Repräsentativbefragung zu Diskriminierungserfahrungen in Deutschland

Die Sonderauswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) „Wie Deutschland Diskriminierung erlebt“ zeigt deutlich das Ausmaß von Diskriminierung im Alltag: Mehr als 13 Prozent der Menschen in Deutschland – das entspricht rund neun Millionen Erwachsenen – berichten, innerhalb eines Jahres Diskriminierung erlebt zu haben. Das SOEP ist die größte und älteste repräsentative Langzeitstudie, die die Entwicklung der Lebensbedingungen in Deutschland untersucht. Dafür werden jährlich 30.000 Menschen befragt. 2022 wurden erstmals Fragen zur subjektiven Diskriminierungserfahrung in die Hauptbefragung aufgenommen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) damit beauftragt, diese Daten auszuwerten. Die

Auswertung macht deutlich, dass Diskriminierung kein Randphänomen ist, sondern ein zentrales gesellschaftliches Problem darstellt. Die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Ataman, warnt, dass dieses Ausmaß den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährde.

Besonders häufig betroffen sind Menschen mit Migrationshintergrund (21%), insbesondere Muslime (28,6) und Personen, die rassistische Zuschreibungen erfahren (41,9%). Auch Frauen (16,1%), trans-, intergeschlechtliche und nicht-binäre Personen (31,8%) sowie Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen (13,9%) berichten überdurchschnittlich oft von Diskriminierung. Die Auswirkungen sind gravierend: Betroffene leiden häufiger unter psychischer Belastung, schlechterer Gesundheit, geringerer Lebenszufriedenheit und einem sinkenden Vertrauen in staatliche Institutionen. Gleichzeitig reagiert mehr als die Hälfte der Betroffenen nicht aktiv auf erlebte Benachteiligung – häufig aus mangelndem Vertrauen in bestehende Schutzmechanismen oder aufgrund fehlender Unterstützung.

Diskriminierung zeigt sich in nahezu allen Lebensbereichen, besonders häufig auf der Straße (41,5%), beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen (40,7%) sowie im Bereich Arbeitsleben (39,2%). Auffällig ist, dass viele dieser Situationen nur unzureichend durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) abgedeckt sind. Auch sozial benachteiligte Gruppen, etwa Menschen mit geringem Einkommen oder ohne deutschen Pass sowie Personen mit Sorgeverantwortung, sind besonders gefährdet.

Vor diesem Hintergrund wird ein klarer Handlungsbedarf deutlich: Gefordert werden eine Reform des AGG, bessere Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie mehr Aufklärung und Sensibilisierung. Ziel ist es, Betroffene zu stärken und Diskriminierung wirksam entgegenzuwirken. Die Studie liefert damit eine wichtige Grundlage, um Diskriminierung in Deutschland künftig systematischer zu erfassen und gezielt Maßnahmen für mehr Chancengleichheit zu entwickeln.

Hürden für Beschwerden zur digitalen Barrierefreiheit

Domingos de Oliveira, Experte für digitale Barrierefreiheit, schreibt auf der Seite www.netz-barrierefrei.de über mögliche Gründe dafür, dass es relativ selten Beschwerden über mangelhafte digitale Barrierefreiheit bei den Anbieter*innen der digitalen Produkte oder Dienstleistungen gibt. Einer der wichtigsten Gründe für diesen Umstand ist das Fehlen der eigentlich vorgeschriebenen Kontaktmöglichkeit, um eine digitale Hürde zu melden. Oder der Aufwand für die Kontaktaufnahme und die Beschreibung des Problems ist schlicht zu hoch – insbesondere für Menschen, die nicht sehr technik-affin sind. Zudem ist die Lösung eines konkreten Barrierefreiheitsproblems oft sehr dringend, während die tatsächliche Verbesserung der digitalen Barrierefreiheit häufig ein langwieriger Prozess ist. Nutzer*innen versuchen dann häufig, das Problem zu umgehen, z.B. in

dem sie auf einen anderen Anbieter zurückgreifen oder Dritte um Hilfe bitten. Ein weiterer Grund, warum viele Menschen nicht bereit sind, Barrieren zu melden, ist, dass sie damit häufig viele Informationen über sich preisgeben würden, etwa über ihre Behinderung – und zwar an fremde Menschen. Schließlich ist auch zu beachten, dass Verbesserungsvorschläge und Kritik häufig keine oder wenig Wirkung zeigen und Betroffene daher von vornherein auf eine Kontaktaufnahme verzichten.

Gutachten über Verfassungswidrigkeit von Sprachverboten an Hochschulen

Die Geschäftsstelle der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (bukof) e.V. hat ein neues Rechtsgutachten veröffentlicht: „Verfassungswidrige Anweisung zur Diskriminierung: Sprachverbote an Hochschulen und die Pflicht zu geschlechtergerechter Sprache“ von Professorin Doktorin Ulrike Lembke.

Das Gutachten kommt zu klaren Ergebnissen:

Hochschulen sind als Körperschaften öffentlichen Rechts an Grundrechte gebunden. Daraus ergibt sich die Verpflichtung zu nichtdiskriminierender Sprache. Dazu zählen insbesondere:

- die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen,
- das Recht auf geschlechtlich korrekte Anrede,
- sowie die Verwendung geschlechterinklusiver Formen für trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Personen.

Diese Anforderungen gelten für das gesamte hoheitliche Sprachhandeln.

Das Gutachten stellt außerdem fest:
Exekutive Verbote geschlechtergerechter Sprache sind verfassungs- und gesetzeswidrig. Sie greifen nicht nur in Grundrechte ein, sondern sind auch unvereinbar mit der Wissenschaftsfreiheit sowie der verfassungsrechtlich garantierten Hochschulautonomie. Zusätzlich widersprechen solche Sprachverbote zentralen Zielen von Hochschulen – etwa Diskriminierungsfreiheit, Bildungsgerechtigkeit, pluraler Wissensproduktion und guten Studien- und Arbeitsbedingungen.

Das vollständige Gutachten sowie eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse stehen ab sofort auf der Website der bukof zur Verfügung und können weiterverbreitet werden.

Veranstaltungen, Ausschreibungen und Umfragen

Veranstaltungsreihe: Studie zu Anti-Pride-Mobilisierungen in Sachsen

Bei der Veranstaltungsreihe „Sicherheit und Sichtbarkeit“, durchgeführt von „Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.“ wird noch bis Ende Mai eine Studie zu Auswirkungen rechter Gegenmobilisierungen auf Pride-Teilnehmende in Sachsen vorgestellt.

Die Pride-Saison 2025 in Sachsen war stark von Gegenprotesten geprägt: Bei der Mehrheit der Veranstaltungen kam es zu Störungen oder Bedrohungen. Eine Befragung von über 2.700 Teilnehmenden zeigt, dass diese Gegenmobilisierungen inzwischen als „Normalität“ wahrgenommen werden.

Dennoch fühlen sich viele Menschen während der Pride-Events selbst relativ sicher, vor allem durch den Zusammenhalt untereinander. Deutlich unsicherer sind jedoch die Wege zur und von der Veranstaltung. Insgesamt bleibt festzuhalten: Trotz angespannter Lage und Gewalterfahrungen sind Prides weiterhin wichtige Orte der Gemeinschaft und Selbstermächtigung.

Die Studie wird noch vom 08.05. bis 21.05. bei Veranstaltungen in Pirna, Zwickau und Döbeln vorgestellt und kann auf der Webseite der Heinrich Böll Stiftung Sachsen heruntergeladen werden.

Online-Vortragsreihe zu Sichtbarkeit von Frauen in Wissenschaft und Innovation

Die Veranstaltungsreihe „Exzellent und trotzdem unsichtbar?!“ (Metavorhaben Innovative Frauen im Fokus) widmet sich der Frage, warum Frauen in Wissenschaft, Innovation und Gesellschaft oft weniger sichtbar sind und wie sich das ändern lässt. Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Disziplinen beleuchten unterschiedliche Aspekte dieses Themas und geben Einblicke in Herausforderungen sowie mögliche Lösungsansätze.

In mehreren Impulsvorträgen werden unter anderem die Situation von BiPoC+ FLINTA an Kunsthochschulen, digitale Gewalt gegen Professorinnen, psychologische Einflussfaktoren auf Sichtbarkeit, Anerkennungsprozesse in Zukunftstechnologien wie der Quantentechnologie sowie konkrete Handlungsempfehlungen zur Förderung von Sichtbarkeit in Wissenschaft und Wirtschaft thematisiert.

Wie geht`s dir? – Ausstellung über mentale Gesundheit im DHMD

Im Deutschen Hygiene-Museum Dresden eröffnete im März die neue Sonderausstellung zu mentaler Gesundheit, die noch bis April 2027 besucht werden kann.

Die Ausstellung hinterfragt die scheinbar einfache Frage „Wie geht's?" und rückt dabei die Bedeutung psychischer Gesundheit in den Mittelpunkt. Sie verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse mit persönlichen Erfahrungen von Betroffenen und beleuchtet Ursachen innerer Krisen ebenso wie Wege zur Hilfe. Themen wie Diagnosen, Medikamente und individuelle Bewältigungsstrategien werden ebenso aufgegriffen wie gesellschaftliche Einflüsse auf das seelische Gleichgewicht.

Gleichzeitig regt die Ausstellung dazu an, darüber nachzudenken, was überhaupt als „gesund" oder „krank" gilt. Mit interaktiven und kreativen Elementen lädt sie die Besucher dazu ein, sich intensiv mit mentaler Gesundheit auseinanderzusetzen – einem Thema, das alle betrifft.

Aufruf zur Bestandsaufnahme: Gender in MINT

Für eine Bestandsaufnahme von Projekten und Initiativen zur Inklusion von Gender in MINT werden Beiträge gesucht. Ziel ist ein Überblick über aktuelle Aktivitäten, Ergebnisse und Erfahrungen sowie der Austausch zwischen bestehenden Projekten.

Gesucht werden einseitige Kurzbeschreibungen, z. B. zu Projekten, Lehrmaterialien, Forschungsergebnissen oder institutionellen Strategien (inkl. Angaben zu Einrichtung, Laufzeit, Schwerpunkt und Ansprechperson).

Die Beiträge bilden die Grundlage für die Arbeitsgruppe „Herausforderung und Strategien der Inklusion von Gender in MINT" im Rahmen der 24. Arbeitstagung der Konferenz der Einrichtungen für Frauen- und Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum (KEG) am 29. Mai 2026 in Wien. Beiträge und Teilnahme an der AG sind willkommen.

Einreichfrist: 10. Mai 2026
Einreichung an: Doktorin Corinna Bath: corinna.bath@netzwerk-fgf.nrw.de; Doktorin Bärbel Mauß: baerbel.mauss@tu-berlin.de und Diplom-Soziologin Juliette Wedl: j.wedl@tu-braunschweig.de

Ringvorlesung „Machtmissbrauch" an der FAU Erlangen-Nürnberg

Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg veranstaltet im Sommersemester 2026 eine öffentliche Ringvorlesung zum Thema Machtmissbrauch.

Aus interdisziplinärer Perspektive werden dabei Fragen rund um Macht und ihre Grenzen beleuchtet. Wo endet legitime Machtausübung und wo beginnt Machtmissbrauch? Welche Rolle spielen organisationale Strukturen? Und wie kann auf Machtmissbrauch reagiert werden?

Die Veranstaltungsreihe findet jeweils mittwochs von 18:15 bis 19:45 Uhr im Großen Hörsaal der Bismarckstraße 1a in Erlangen statt und ist auch per Zoom über diesen Link zugänglich.

Ringvorlesung "Gefährdete Demokratie" an der Universität Bremen

Die Universität Bremen veranstaltet gemeinsam mit dem Netzwerk „Profs gegen Rechts" und der Forschungsplattform Worlds of Contradiction (WOC) die interdisziplinäre Ringvorlesung „Gefährdete Demokratie".

Die Reihe nimmt das Erstarken antidemokratischer Tendenzen in Deutschland und international in den Blick und beleuchtet deren Verflechtungen mit Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Klimawandelleugnung und Anti-Intellektualismus. Gleichzeitig wird auch die zunehmende politische Infragestellung von Wissenschaftsfreiheit thematisiert.

In Vorträgen von Wissenschaftler*innen und Akteur*innen aus der Öffentlichkeit werden unterschiedliche Perspektiven, zum Beispiel aus dem Verfassungsrecht, der Rechtsextremismusforschung oder der Hochschulpolitik, zusammengeführt. Ziel ist es, die Verwundbarkeit demokratischer Strukturen zu analysieren und die Universität als Ort des offenen, kritischen Diskurses zu stärken.

Beispielsweise wird Dagmar Herzog (New York) am 28.05.2026 über den „neuen faschistischen Körper" und die Wechselwirkungen von Sexualpolitik und Behindertenpolitik sprechen.

Aufruf: Wissenschaft gegen Faschismus – Diskussionsräume an Hochschulen stärken

Unter dem Motto „Wissenschaft gegen Faschismus" formiert sich derzeit eine bundesweite Initiative, die Hochschulen als Orte der kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen demokratiegefährdenden Entwicklungen stärken will. Ausgangspunkt ist die Einschätzung, dass faschistische und extrem rechte Tendenzen an Einfluss gewinnen und auch Wissenschaft und Hochschulen zunehmend unter Druck geraten.

Initiiert von „Studis gegen Rechts“ und unterstützt von Wissenschaftler*innen ruft das Netzwerk dazu auf, bundesweit Diskussionsveranstaltungen an Universitäten und Hochschulen zu organisieren. Ziel ist es, die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft in den Mittelpunkt zu rücken und Räume für fundierte, interdisziplinäre Debatten zu schaffen.

Der Aufruf richtet sich ausdrücklich an ein breites Spektrum von Akteur*innen: Studierende, Professorinnen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sowie Beschäftigte innerhalb und außerhalb von Hochschulen sind eingeladen, sich zu beteiligen.

Vorgeschlagen wird eine bundesweite Aktionswoche vom 1. bis 7. Juni, in der Lehrveranstaltungen, Seminare und öffentliche Events gezielt für die Auseinandersetzung mit der Gefahr des Faschismus geöffnet werden.

VielfALT im Blick: Fachtag zu LSBTIQ* und Alter in Sachsen

Wie lassen sich die Lebensrealitäten älterer LSBTIQ*-Personen stärker in den Blick nehmen – in der Pflege, im Gesundheitswesen und in der Seniorinnenarbeit? Mit dieser Frage beschäftigt sich der Fachtag „VielfALT – LSBTIQ und Alter“, zu dem das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 4. Juni 2026 in Dresden einlädt.

Alter ist ein zentrales Querschnittsthema, das soziale, rechtliche und gesundheitliche Aspekte verbindet. Für ältere lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche und queere Menschen kommen dabei oft spezifische Lebensrealitäten und Bedarfe hinzu, die bislang noch zu wenig berücksichtigt werden. Gleichzeitig bleibt das Thema Alter innerhalb der Community selbst häufig unterrepräsentiert.

Der Fachtag schafft Raum, um unterschiedliche Perspektiven aus Praxis, Politik und Wissenschaft zusammenzubringen, Erfahrungen sichtbar zu machen und den fachlichen Austausch zu stärken. Ziel ist es, Impulse für eine diskriminierungssensible und bedarfsgerechte Gestaltung von Angeboten und Strukturen zu entwickeln.

Neben fachlichen Inputs am Vormittag bietet der Nachmittag Gelegenheit zur vertieften, interaktiven Auseinandersetzung. Die Teilnahme ist flexibel für einzelne Programmpunkte oder den gesamten Tag möglich, über die Seite des Ministeriums kann die Anmeldung für die Veranstaltung vorgenommen werden.

Lesenswertes und mehr

Gesetzentwurf der AfD zur Gleichstellungspolitik in Thüringen

Am 26. März 2026 wurde im Thüringer Landtag ein Gesetzentwurf der AfD-Fraktion zur Gleichstellungspolitik aufgerufen. Der Entwurf sieht grundlegende Änderungen bestehender Strukturen vor und betrifft unter anderem auch Hochschulen.

Zu den zentralen Inhalten gehören die geplante Abschaffung von Gleichstellungsbeauftragten sowie von Gleichstellungsplänen, Berichtspflichten und Quotenregelungen. Damit würden wesentliche Instrumente wegfallen, mit denen Gleichstellung bisher institutionell umgesetzt wird. Auch bestehende Diversitätsstrukturen würden durch den Entwurf zurückgebaut.

Die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Thüringer Hochschulen (LaKoG) hat hierzu eine Stellungnahme veröffentlicht. Darin wird betont, dass Gleichstellung weiterhin gesetzlicher Auftrag ist und bestehende strukturelle Ungleichheiten fortbestehen. Aus Sicht der LaKoG könnten die im Entwurf vorgesehenen Änderungen dazu führen, dass zentrale Strukturen der Gleichstellungsarbeit wegfallen und deren praktische Umsetzung erschwert wird. Insbesondere für Hochschulen werden mögliche Auswirkungen auf Gleichstellungs- und Diversitätsstellen sowie übergreifend auf Maßnahmen zur Förderung von Chancengleichheit benannt.

Die AfD-Fraktion beantragte, den Gesetzentwurf zur Beratung in den Bildungs-, Gleichstellungs- und Innenausschuss zu überweisen. Dieser Antrag fand jedoch keine Mehrheit. Nur die AfD stimmte dafür, alle anderen Fraktionen stimmten dagegen. Damit wurde der Gesetzentwurf bisher nicht weiter in den Ausschüssen behandelt.

Aktionsplan „Queer leben" wird nicht fortgesetzt

Die Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (bukof) hat eine Stellungnahme zur Nicht-Fortsetzung des Aktionsplans „Queer leben" veröffentlicht.

Der Aktionsplan bildete bislang den einzigen ressortübergreifenden bundesweiten Rahmen zur Verbesserung der Lebenssituation queerer Menschen in Deutschland. Mit seinem Auslaufen bleiben zentrale Vorhaben unvollendet. Darunter Maßnahmen zum Diskriminierungsschutz, zum Ausbau queersensibler Strukturen sowie zur strukturellen Stärkung queersensiblerer Bildungsarbeit an Schulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung. Auch geplante Förderungen von Forschung entfallen.

Das Centrum für Geschlechterverhältnisse in der Wissenschaft (CEWS), hält zu den aktuellen Entwicklungen fest: „Streichungen und Umstrukturierungen von Fördergeldern im Bereich Geschlechter- und Queerpolitik sorgen aktuell für Kritik

in Wissenschaft und Gleichstellungspraxis. Die aktuellen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene markieren einen deutlichen Rückbau von Förderstrukturen – sowohl durch die Nicht-Fortsetzung des Aktionsplans „Queer leben“ als auch durch die Streichung spezifischer Forschungsförderlinien in Hessen. Damit gehen wichtige Impulse, Ressourcen und politische Rückendeckung für geschlechterpolitische und queersensible Forschung und Praxis verloren."

Aus Sicht der Bukof ist das ein schwerer Rückschritt. Hochschulen sind nicht nur Orte der Forschung und Lehre, sondern auch der politischen Bildung und gesellschaftlichen Aushandlung. Gerade angesichts zunehmender Angriffe auf Gender und Queer Studies wären die vorgesehenen Maßnahmen ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung dieses Feldes gewesen.

Die bukof schließt sich den Forderungen der LSBTIQ*-Community an und fordert die Bundesregierung auf, die Maßnahmen des Aktionsplans verbindlich weiterzuführen. Die Stellungnahme wird vom Netzwerk Antidiskriminierung an Hochschulen und dem Netzwerk Diversity an Hochschulen unterstützt. Die vollständige Stellungnahme ist auf der Website der bukof abrufbar.

Zeitschrift GENDER in der Ausgabe 01/2026 mit Heftschwerpunkt zu Care, Nachhaltigkeit und Transformation erschienen

Die neue Ausgabe der Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, welche dieses Mal von Lena Eckert et al. herausgegeben wurde, thematisiert in dieser Ausgabe die Perspektiven von Menschen, die ungewollt schwanger sind. Inhaltliche Aspekte sind beispielsweise die Thematisierung von Müttern mit psychischen Erkrankungen, Reproduktion als politischer Vorgang im Kontext von Klima und Bevölkerung in der aktuellen Welt sowie Philosophinnen des Mittelalters.

Weiße Privilegien in der Hochschule

Die Autorin Doktorin Jule Bönkost richtet sich in ihrem Beitrag „Weiße Privilegion in der Hochschule“ insbesondere an *weiße* Hochschulangehörige und fordert sie zur kritischen Selbstreflexion ihrer privilegierten Position auf. Eine zusammengestellte Privilegienliste soll dabei helfen, rassistische Strukturen im Hochschulalltag zu erkennen und eine rassismuskritische Praxis zu entwickeln.

Rassismus an Hochschulen führt nicht nur zur Benachteiligung von BIPoC, sondern gleichzeitig auch zur systematischen Bevorteilung *weißer* Menschen. Diese „*weißen* Privilegien“ sind oft unsichtbar und werden als normal wahrgenommen, obwohl sie Ausdruck struktureller Ungleichheit sind.

Hochschulen sind keine diskriminierungsfreien Räume: Rassismus wirkt sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene. Etwa beim Zugang zu Bildung, in Karriereverläufen und in der Wissensproduktion selbst. Historisch gewachsene und bis heute wirksame Machtverhältnisse führen dazu, dass „*weiße*“ Perspektiven dominieren und andere marginalisiert werden.

Das Bewusstsein für „*weiße* Privilegien“ ist eine zentrale Voraussetzung, um Rassismus zu verstehen und wirksam zu bekämpfen – mit dem Ziel, langfristig gerechtere Strukturen in der Hochschule zu schaffen.

Wie das Lesen von wissenschaftlichen Publikationen durch KI erschwert wird

Eine als Preprint veröffentlichte Studie von 2025 liefert neue Ergebnisse zur Lesbarkeit von KI-basierten wissenschaftlichen Texten. In dieser wurde am Beispiel von Finanz-Artikeln eine Abnahme der Lesbarkeit festgestellt seit der öffentlichen Nutzbarkeit künstlicher Intelligenz. Diese wurde durch die Verwendung von komplexeren Wörtern mit drei und mehr Silben begründet. Die Studie kam ebenfalls zu dem Ergebnis, dass KI-Nutzung die Quantität veröffentlichter Publikationen steigere, nicht jedoch die Qualität oder den Impact. Als Lösungsansatz sollte laut des Forschungsteams zumindest in Betracht gezogen werden, verpflichtende Erklärungen zur Verwendung von generativer KI offenzulegen und Inhalte, die von und mit künstlicher Intelligenz verfasst wurden, von Menschen auf gute Lesbarkeit prüfen zu lassen.

Podcast der Zentralen Studienberatung der LMU München mit zwei Folgen zu Neurodivergenz

Die Zentrale Studienberatung der Ludwig-Maximilians-Universität München veröffentlicht einen Podcast zu Themen, die Studierenden im Alltag an der Universität begegnen können. Die letzten beiden Folgen befassen sich mit dem Thema Studieren mit Neurodivergenz. Dazu waren die Expert*innen Romy Hoche (Beratungsstelle für Studierende mit Beeinträchtigung der Zentralen Studienberatung), Ayda Grossmann (Heilpraktikerin für Psychotherapie, Praxis für Training für Erwachsene mit ADHS) und Melika Ahmetovic (Koordinatorin des Erweiterungsstudiums Pädagogik bei Autismus-Spektrum) eingeladen und sprachen mit Mirjam Eisermann und Christian A. Braun von der Zentralen Studienberatung. In den Folgen werden die Begriffe Neurodiversität und Neurodivergenz, die Herausforderungen betroffener Studierender sowie Strategien, Unterstützungs- und Beratungsangebote diskutiert.

Arbeiten mit Krankheitsgefühl - ja oder nein?

Arbeiten, obwohl es einer Person nicht gut geht? Spätestens seit der Corona-Pandemie wissen wir, dass das häufig keine gute Idee ist und dass die eigene Gesundheit und die der Kolleg*innen vorgehen sollte. Doch diese Frage kann für Menschen mit einer chronischen Erkrankung noch um einiges komplizierter sein. Im Rahmen des Projekts AmiChro am Lehrstuhl für Arbeit und berufliche Rehabilitation der Universität zu Köln wurde eine Website, die Informationen zu diesem Thema bündelt, entwickelt. In der Rubrik "Gut zu wissen" sind Informationen zum Thema Arbeit und chronische Erkrankung zusammengestellt. Weiterhin werden dort gebündelte Informationen und Tipps jeweils für Mitarbeitende mit chronischen Erkrankungen und für Unternehmen und Führungskräfte bereitgestellt.

Neuerscheinung: Hochschulmanagement und Geschlecht in der Krise

Wie reagieren Hochschulen auf Krisen – und wer wird besonders getroffen? Dieser Frage widmet sich ein neuer internationaler Sammelband, herausgegeben von Doktorin Sarah Barnard und Doktorin Angela Wroblewski. Die Beiträge zeigen, dass Krisenzeiten bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern häufig verstärken oder neu formen.

Ein Kapitel von Doktorin Anke Lipinsky (Center für Geschlechterverhältnisse in der Wissenschaft (CEWS)) und Claudia Schredl (Universität Köln) ist dabei für den deutschen Hochschulkontext besonders relevant. Es untersucht, welche Faktoren geschlechtsspezifische Gewalt an Hochschulen begünstigen und welche Rolle statistische Kennzahlen und institutionelle Normen dabei spielen.

Geschlecht und sexuelle Orientierung in Umfragen besser erfassen

Wer Gleichstellung messen will, braucht präzise Daten. Bisher stoßen viele Bevölkerungsumfragen hier noch an methodische Grenzen. Ein neuer Leitfaden des Schweizer Forschungszentrums FORS gibt Forschenden konkrete Empfehlungen, wie Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung in repräsentativen Studien inklusiver und analytisch belastbarer erhoben werden können.

Kern des Leitfadens sind fünf Empfehlungen. Empfohlen wird, in Studien und Umfragen das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht und die Geschlechtsidentität getrennt zu erfassen, um sowohl langfristige Vergleichsdaten als auch differenziertere Analysen gesellschaftlicher Ungleichheiten zu ermöglichen. Die Auswertung der Daten soll dabei trans* Personen ausdrücklich einbeziehen, sodass trans* Frauen als Frauen und trans* Männer als Männer berücksichtigt werden, zugleich aber auch Vergleiche zwischen cis und nicht-cis Personen

möglich bleiben. Darüber hinaus wird empfohlen, neben Geschlecht und Geschlechtsidentität auch die sexuelle Identität zu erfassen, um die Lebensrealitäten sexueller und geschlechtlicher Minderheiten umfassender analysieren zu können. Wo es thematisch sinnvoll ist – insbesondere in Gesundheitsstudien – soll außerdem Intergeschlechtlichkeit gesondert berücksichtigt werden. Von der Verwendung der Kategorie „Andere“ bei Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung wird hingegen abgeraten, da sie ausgrenzend wirken kann; stattdessen werden klar benannte Kategorien und möglichst offene Antwortmöglichkeiten empfohlen. Der Leitfaden behandelt außerdem den datenschutzkonformen Umgang mit sensiblen Angaben und deren Aufbereitung für die wissenschaftliche Nachnutzung.

Für Gleichstellungsmonitoring und evidenzbasierte Politik ist so eine Grundlage zentral; soziale Ungleichheiten lassen sich sichtbar machen, wenn die Daten die Vielfalt der Bevölkerung tatsächlich abbilden.

Rekordwert: Mehr Hochschulabsolvent*innen ohne Abitur

Immer mehr Menschen in Deutschland schließen ein Studium ohne klassisches Abitur ab. Wie das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) berichtet, wurde 2023 mit rund 69.000 Absolvent*innen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung ein neuer Höchststand erreicht.

Der Hochschulzugang erfolgt dabei über berufliche Qualifikationen, etwa eine abgeschlossene Ausbildung, Meistertitel oder mehrjährige Berufserfahrung. Diese alternativen Bildungswege gewinnen seit Jahren an Bedeutung.

Außerdem ist die Entwicklung auch im Kontext sozialer Ungleichheiten relevant. Personen ohne Abitur kommen häufiger aus nicht-akademischen oder sozioökonomisch weniger privilegierten Kontexten.

Alle Angaben – speziell URL-Adressen – sind ohne Gewähr. Um sich vom Newsletter abzumelden, schicken Sie uns bitte eine Mail mit dem Betreff: „Widerruf Newsletter“ an info@kc-sachsen.de.
Koordinierungsstelle Chancengleichheit Sachsen (KCS)
Dittrichring 18-20 | 04109 Leipzig | www.kc-sachsen.de | Instagram | LinkedIn

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

SACHSEN

KCS